

Förderrichtlinie des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberlausitz – Niederschlesien (ZVON) über die Förderung im öffentlichen Personennahverkehr (FRL ZVON-ÖPNV) vom 01.01.2025

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

- 1.1 Der Zweckverband Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien (ZVON) erhält auf der Grundlage von § 7 Abs. 2 Satz 2 des Sächsischen ÖPNV-Gesetzes (ÖPNVG) Mittel des Freistaates zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs nach der Verordnung zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO)
- 1.2 Der ZVON ist befugt, die ihm für Zwecke des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) – ausgenommen den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) – zugewiesenen Mittel anteilig nach einem sachgerechten Verteilungsschlüssel an die kommunalen Aufgabenträger des ÖPNV gemäß § 3 Abs. 1 Sächsisches ÖPNV-Gesetz (ÖPNVG) sowie kommunalen Gebietskörperschaften innerhalb seines Verbandsgebiets weiterzuleiten. Diese Weiterleitung erfolgt auf der Grundlage der Verordnung zur Finanzierung des ÖPNV (ÖPNVFinVO), dieser Förderrichtlinie und den haushaltsrechtlichen Bestimmungen des ZVON. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Mittelgewährung.
- 1.3 Die Weiterleitung von Mitteln ist auch außerhalb der spezifischen Verteilung nach § 1 Abs. 1h ÖPNVFinVO zulässig, sofern sie im Einklang mit den Förderzwecken dieser Richtlinie steht und den haushaltsrechtlichen Bestimmungen des ZVON entspricht. Der ZVON wird die maßgebenden Bestimmungen des Landes entsprechend der ihm auferlegten Verpflichtungen auch seinen Zuwendungsempfängern auferlegen.
- 1.4 Die Förderung gemäß dieser Förderrichtlinie verfolgt insbesondere das Ziel, die Rahmenbedingungen für den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr im Nahverkehrsraum Oberlausitz/Niederschlesien nachhaltig zu verbessern.

2. Gegenstand der Förderung

- 2.1 Gegenstand der Förderung sind Maßnahmen, die den straßengebundenen ÖPNV im Verbandsgebiet unterstützen. Die Zwecke der Förderung und die darauf beruhende Mittelverwendung richten sich nach den Vorgaben im Sinne von § 1 und § 2 ÖPNVFinVO.
Hierzu gehören insbesondere:
 - Ausgleichsleistungen gemäß der VO 1370/07
 - die Verbesserung und Modernisierung der Infrastruktur,
 - Maßnahmen zur Erhöhung der Barrierefreiheit und des Umweltschutzes im ÖPNV.
- 2.2 Förderung von Maßnahmen durch die Verbandsmitglieder im Sinne des § 1 ÖPNVFinVO vom 29. April 2009, zuletzt geändert durch Verordnung vom 11.06.2024, in der jeweils aktuellen Fassung. Insbesondere ist es zulässig, die Mittel zur vollständigen oder teilweisen Ersetzung von Eigenmitteln zu verwenden, die aufgrund der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 in der jeweils gültigen Fassung durch die Verbandsmitglieder bereitgestellt werden müssen.

2.3 Infrastrukturförderung

Förderfähig nach dieser Richtlinie sind investive Maßnahmen

- der Bau, der Erhalt und die Modernisierung von barrierefreien öffentlichen Haltestellen im ÖPNV inklusive Errichtung von Wartehäuschen und Unterständen,
- der Bau, der Erhalt und die Modernisierung von Zentralen Omnibusbahnhöfen (ZOB),
- der Bau, der Erhalt und die Modernisierung von gemeindlicher Verkehrstechnik im ÖPNV,
- Maßnahmen zur Einrichtung von Mobilstationen und Park+Ride-Anlagen insbesondere für
 - o gesicherte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, E-Bikes und Pedelecs,
 - o Schließfächer

2.4 Förderung von Konzepten und Machbarkeitsstudien

Förderfähig nach dieser Richtlinie sind

- Erstellung von Konzepten und/oder Machbarkeitsstudien zu ergänzenden Bus-/Mobilitätskonzepten als Reaktivierung von stillgelegten Schienenverbindungen im Zuständigkeitsgebiet des ZVON (inkl. ausbrechender Linien)
- Erstellung von Konzepten und/oder Machbarkeitsstudien für grenzüberschreitenden ÖPNV – Linien.

2.5 Auf Basis von Beschlüssen der Verbandsversammlung können weitere förderfähige Maßnahmen hinzutreten, soweit diese uneingeschränkt den Zwecken des ÖPNV im Sinne des § 2 Abs. 1 ÖPNVFinVO dienen. Die entsprechenden Beschlüsse zu den zusätzlichen förderfähigen Maßnahmen werden als Anlage beigefügt.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Zuwendungen können kommunalen Gebietskörperschaften auf Antrag gewährt werden.

3.2 Die Verbandsmitglieder, die zugleich kommunale Aufgabenträger des ÖPNV gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG sind, erhalten jährlich eine durch die Verbandsversammlung zu beschließende Pauschale pro Einwohner („Kopfpauschale“).

4. Zuwendungsvoraussetzung

4.1 Der Antragssteller muss nachweisen, dass:

- das Vorhaben geeignet ist, eine Verbesserung des ÖPNV im Verbandsgebiet zu bewirken,
- die Belange von Menschen mit Behinderungen oder Mobilitätsbeeinträchtigungen berücksichtigt werden und das Vorhaben den Anforderungen der Barrierefreiheit nach § 3 des Sächsischen Inklusionsgesetzes (SächsInklusG) vom 2. Juli 2019 (SächsGVBl. S. 542) entspricht.

4.2 Der Antragsteller hat offenzulegen, ob für die beantragte Maßnahme bereits Fördermittel aus einem Förderprogramm des Bundes oder der Europäischen Union beantragt oder erhalten wurden. Wird angegeben, dass derzeit keine solche Fördermittel erlangt werden können, genügt dies ebenfalls.

- 4.3 Sofern der Antragsteller für das beantragte Vorhaben Fördermittel aus einem Förderprogramm des Bundes oder der Europäischen Union erhält, die mit der Förderung nach dieser Richtlinie kombiniert werden dürfen, hat er die Höhe der für das jeweilige Vorhaben bereits erhaltenen Fördermittel nachzuweisen.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

5.1 Zuwendungsart

- 5.1.1 Die Zuwendung für Antragssteller erfolgt als **Projektförderung** im Sinne von Nr. 2.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 23 Sächsische Haushaltsordnung (SäHO).
- 5.1.2 Die Zuwendung für Verbandsmitglieder erfolgt als **institutionelle Förderung** im Sinne von Nr. 2.2 der Verwaltungsvorschrift zu § 23 Sächsische Haushaltsordnung (SäHO).

5.2 Finanzierungsart

- 5.2.1 Die Zuwendung wird im Rahmen der Projektfinanzierung als Teilfinanzierung bewilligt. Dabei wird ein bestimmter Anteil der zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert (Anteilfinanzierung).
- 5.2.2 Die institutionelle Förderung erfolgt als Festbetragsfinanzierung. Der Förderbetrag wird auf Grundlage einer pauschalen Zuweisung pro Einwohner festgelegt, die durch die Verbandsversammlung beschlossen wird. Diese Pauschale dient der Sicherstellung der dauerhaften und ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben im ÖPNV durch die Verbandsmitglieder.

5.3 Form der Zuwendung

Die Zuwendung erfolgt sowohl im Rahmen der Projektförderung als auch im Rahmen der institutionellen Förderung als Zuschuss.

5.4 Bemessungsgrundlage

- 5.4.1 Bemessungsgrundlage der Zuwendung als Projektförderung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben.

Zuwendungsfähige Ausgaben sind die Kosten, die direkt im Zusammenhang mit den in Ziffer 2.3 und 2.4 dieser Richtlinie beschriebenen Fördergegenständen stehen. Dazu gehören:

- **Infrastrukturförderung:** Kosten für den Bau, Erhalt und die Modernisierung von barrierefreien Haltestellen, Zentralen Omnibusbahnhöfen (ZOB), gemeindlicher Verkehrstechnik sowie für die Einrichtung von Mobilstationen und Park+Ride-Anlagen.
- **Förderung von Konzepten und Machbarkeitsstudien:** Kosten für die Erstellung von Konzepten und Machbarkeitsstudien zu ergänzenden Bus- und Mobilitätskonzepten, Reaktivierung stillgelegter Schienenverbindungen sowie für grenzüberschreitende ÖPNV-Linien.

- 5.4.2 Bemessungsgrundlage der Zuwendung als institutionelle Förderung sind die pauschalen Zuweisungen pro Einwohner, die auf Grundlage der Festbetragsfinanzierung gemäß Ziffer 5.2.2 dieser Richtlinie festgelegt werden. Diese Pauschale dient der Sicherstellung der dauerhaften und ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben im ÖPNV durch die Verbandsmitglieder und wird entsprechend der Einwohnerzahl der jeweiligen Verbandsmitglieder berechnet.

5.5 Höhe der Zuwendung

5.5.1 Bei der Projektförderung nach Ziffer 5.1.1 dieser Richtlinie beträgt die Höhe der Zuwendung

- Planungskosten¹
 - maximale Zuwendungbis zu 90 %
300.000 EUR
- Baukosten, ÖPNV-relevant
 - mit Förderung des Freistaates Sachsen
 - maximale Zuwendungbis zu 20 %
300.000 EUR

⁽¹⁾zuwendungsfähige Kosten und Honorarzzone ergeben sich aus oberem HOAI-Tabellenwert)

5.5.2 Die Höhe der Zuwendung im Rahmen der institutionellen Förderung gemäß Ziffer 5.1.2 wird auf Basis der pauschalen Zuweisung pro Einwohner festgelegt, wie in Ziffer 5.2.2 beschrieben. Der genaue Förderbetrag wird durch die Verbandsversammlung beschlossen und orientiert sich an der Einwohnerzahl der jeweiligen Verbandsmitglieder. Die maßgebliche Einwohnerzahl wird gemäß § 125 SächsGemO für die Stadt Görlitz und gemäß § 67 SächsLKrO für die Landkreise Görlitz und Bautzen ermittelt.

6. **Sonstige Zuwendungsbestimmungen**

6.1 Bei Angaben der Zuwendungsempfänger handelt es sich um subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2146) geändert worden ist. Unrichtige oder unvollständige Angaben zu subventionserheblichen Tatsachen können nach § 264 StGB strafbar sein, sofern die Angaben für den Antragsteller vorteilhaft sind.

6.2 Die Zweckbindungsdauer für Infrastrukturvorhaben im Sinne von Ziffer 2.3 dieser Richtlinie beträgt 10 Jahre.

7. **Verfahren**

7.1 Antragsverfahren

Ausschließlich die Zuwendung als Projektförderung nach Ziffer 5.1.1 dieser Richtlinie wird auf schriftlichen Antrag gewährt. Als Frist für die Antragseinreichung wird der 15.10. festgelegt. Der Antrag kann unter Beachtung der Vorgaben aus § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. I S. 236) geändert worden ist, auch in elektronischer Form gestellt werden.

Mit der Antragstellung sind die unter Ziffer 8.1 dieser Richtlinie benannten Unterlagen beim ZVON einzureichen.

7.2 Bewilligungsverfahren

7.2.1 Bewilligungsstelle für die Projektförderung nach Ziffer 5.1.1 dieser Richtlinie ist die Geschäftsführung des ZVON.

7.2.2 Bewilligungsstelle für die institutionelle Förderung nach Ziffer 5.1.2 dieser Richtlinie ist die Stelle „Fördermittelmanagement/Vergabestelle“ des ZVON.

7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

7.3.1 Für die Auszahlung der Zuwendung als Projektförderung nach Ziffer 5.1.1 dieser Richtlinie an kommunale Gebietskörperschaften findet das Auszahlungsverfahren nach Nr. 7.1 der Anlage 3 zur VwV zu § 44 SÄHO (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften (VVK) Anwendung.

7.3.2 Die Auszahlung der Zuwendung als institutionelle Förderung nach Ziffer 5.1.2 dieser Richtlinie erfolgt in vier gleichen Beträgen zum 15. des zweiten Monats jedes Quartals, vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Vorgaben und der Verfügbarkeit der Mittel im Haushalt des ZVON.

7.4 Verwendungsnachweisverfahren

7.4.1 Die Verwendungsnachweisprüfung in der Projektförderung obliegt der zuständigen Abteilung des ZVON. Das Kontrollverfahren erstreckt sich insbesondere auf die Überprüfung der Einhaltung der in der Antragstellung formulierten Ziele, auf Art und Umfang des Vorhabens sowie das Vorliegen einer Doppelförderung.

7.4.2 Die Mittel der institutionellen Förderung sind zweckgebunden für die Förderung nach Ziffer 2 dieser Richtlinie zu verwenden. Die sachgerechte Mittelverwendung ist bis zum 30. April des Folgejahres gegenüber der zuständigen Abteilung des ZVON nachzuweisen. Als Verwendungsnachweis ist das Formblatt des ZVON als Grundlage zu verwenden.

7.4.3 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung nach dieser Richtlinie sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die VwV zu § 44 SÄHO entsprechend, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

8. **Vorzulegende Nachweise und Unterlagen**

8.1 Mit Antragstellung zur Gewährung der Projektförderung nach Ziffer 5.1.1 sind folgende Unterlagen einzureichen:

- Antragsschreiben,
- Erläuterungsbericht mit einer ausführlichen Beschreibung und Begründung des Vorhabens, insbesondere der zu erwartende Nutzen einschließlich Erläuterung der Zielstellung und der damit verbundenen Verbesserung der Bedingungen im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr,
- Finanzierungsplan,
- Kostenermittlung/Kostenschätzung und Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben,
- ggf. Nachweis über die Beantragung und Gewährung von Fördermitteln aus einem Förderprogramm des Bundes oder der Europäischen Union,
- Erklärung des Eigentümers der geförderten ÖPNV-Infrastruktur, dass entweder keine anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten im Sinne des EU-Beihilfenrechts ausgeübt oder — wenn der Eigentümer eine andere wirtschaftliche Tätigkeit ausübt — dass getrennte Bücher geführt werden, in denen die Kosten und Einnahmen ordnungsgemäß zugewiesen werden und gewährleistet ist, dass die öffentliche Förderung nicht für diese andere Tätigkeiten verwendet wird.

- Erklärung des objektiven Vorbereitungsstands (Ausschreibungs-, Bauzeitenplan, Terminketten),

Bei Bauvorhaben sind zusätzlich folgende Unterlagen mit der Antragsstellung einzureichen:

- Übersichtsplan,
- Lageplan,
- Vorentwurfs- und/oder Entwurfszeichnungen,
- Vorbescheid oder sonstige Nachweise über die baurechtliche Zulässigkeit,
- Nachweis über die Eigentumsverhältnisse zur Liegenschaft bzw. ausführliche Erläuterung (Grundbuchauszug/Sachstand zu Verträgen).

8.2 Für die Verwendungsnachweisprüfung ist das Formular zum Verwendungsnachweis, bestehend aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis ohne Vorlage von Belegen, einzureichen.

9. Vorrangregelung

Diese Richtlinie ersetzt die Richtlinie des ZVON zur Förderung von Investitionen in den ÖPNV (RL-ZVON) vom 01.04.2024.

10. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 01.01.2025 in Kraft.

Bautzen, den 25.03.2025

Zweckverband Verkehrsverbund
Oberlausitz-Niederschlesien



Udo Witschas
Landrat und Verbandsvorsitzender